



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

GEFÖRDERT VOM

Radikalisierende **Räume**

Die Linke im urbanen Raum.

Forschungsstand räumlicher Produktionsprozesse.

Beitrag IV in der Schriftenreihe „Radikalisierende Räume“

Jan Becker

Oktober 2022



FH MÜNSTER
University of Applied Sciences



Institut für interdisziplinäre
Konflikt- und Gewaltforschung



UNIVERSITÄT
BIELEFELD

Das Projekt „Radikalisierende Räume“

Zwischen Oktober 2020 und September 2024 läuft das vom BMBF geförderte Verbundprojekt „Radikalisierende Räume“ am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und am Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Münster. Ziel des Projektes ist es herauszuarbeiten, welche räumlichen Konstellationen (neosalafistische) Radikalisierung begünstigen. Weiterhin wird ein Praxisinstrument zur sozialraumorientierter Sozialen Arbeit entwickelt, welches sowohl der Prävention neosalafistischer Radikalisierung als auch der Intervention im Falle einer lokal aktiven neosalafistischen Szene dient. Dazu werden drei belastete Stadtteile in Deutschland genau untersucht, wozu intensive ethnografische Arbeiten sowie Befragungen verwendet werden. Alle Projektergebnisse sind auf der Website www.radikaliserende-raueme.de kostenlos verfügbar. Dazu gehören thematische Podcasts und Working Paper, eine Videodokumentation und weitere Publikationen, die im Projekt entstehen.

Between October 2020 and September 2024 the collaborative research project „radicalizing Spaces“ is funded by the BMBF and is based in the Institute for Interdisciplinary Research on Conflict and Violence of the University Bielefeld (IKG) and the department of social services of the university of applied sciences Münster. The objective of the project is to assess, which spatial constellations facilitate (neo-Salafist) radicalization processes. Furthermore, a practical tool, targeting the prevention of neo-Salafist radicalization and the intervention of locally active neo-Salafist communities, will be implemented to aid the work of community oriented social work. To achieve this, three encumbered Quarters in Germany will be analyzed using extensive ethnographic studies and surveys. All project findings will be presented on the Website www.radikaliserende-raueme.de free of charge. This includes thematical podcasts and working papers, a video documentation and further publications, resulting from the Project.

Schriftenreihe „Radikalisierende Räume“

In der Schriftenreihe „Radikalisierende Räume“ werden Beiträge rund um das Thema Radikalisierung und Raum veröffentlicht. Sie dient damit der Information der Fachöffentlichkeit und richtet sich an Studierende, Wissenschaftler:innen und Praktiker:innen. Zugleich geben sie Einblicke in die inhaltlichen Grundlagen des Projekts.

Die Arbeit „Die Linke im urbanen Raum“

Das Paper „Die Linke im urbanen Raum“ thematisiert den aktuellen Forschungsstand zu räumlichen Produktionsprozessen linker Akteur:innen in städtischen Gebieten. Neben der historischen Herleitung als Grundbaustein, werden vor allem Dynamiken und Praxen des gesamten Spektrums, von Besetzungen zum Zweck der Wohnraumbeschaffung, bis zur Markierung von Stadtviertel durch Graffiti, Plakaten und Aufklebern zur Abschreckung von Investor:innen skizziert und mit der Frage verknüpft, was die besonderen Charakteristika dieser Bewegung ausmacht.

Series "Radicalizing Spaces"

The series "Radicalizing Spaces" publishes articles on the topic of radicalization and space. It serves to inform the professional public and is aimed at students, researchers and practitioners. At the same time, they provide insights into the content-related foundations of the project.

The work "The Left in Urban Space".

The paper "Die Linke im urbanen Raum" (The Left in Urban Space) addresses the current state of research on spatial production processes of left-wing actors in urban areas. In addition to the historical deduction as a basic element, the dynamics and practices of the entire spectrum, from squatting for the purpose of obtaining housing to the labeling of neighborhoods with graffiti, posters and stickers to deter investors are outlined and linked to the question of what constitutes the special characteristics of this movement.

Herausgegeben wird die Reihe von Professor Dr. Andreas Zick (Universität Bielefeld) und Professor Dr. Sebastian Kurtenbach (Fachhochschule Münster).

Vorwort

Die Reihe "Radikalisierende Räume" konzentriert sich auf Arbeiten, die sich mit dem Thema Radikalisierung und Raum auseinandersetzen. Die Reihe ist insofern innovativ, als sie den Raum als Faktor der Radikalisierung in den Mittelpunkt stellt und damit ein bisher wenig beachtetes Thema von der Peripherie ins Zentrum der Aufmerksamkeit rückt.

Das Thema Linksradikalismus bzw. Linksextremismus ist sowohl in der Wissenschaft als auch in der Öffentlichkeit höchst umstritten. Während politisch Konservative und Sicherheitsbehörden häufig vor der vermeintlich unterschätzten Gefahr von links warnen, kritisieren u.a. Sozialwissenschaftler die Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus und die Homogenisierung der linken Szene. Ständig wiederkehrende und teilweise ritualisierte, eskalierende Aktionen führen dazu, dass die jeweiligen Positionen in regelmäßigen Abständen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden.

Jan Becker gelingt es in seinem Bericht, die Phänomene Links(extremismus) und Raum differenziert und kritisch zu betrachten und ihre Verflechtungen von der ersten industriellen Revolution bis in die Gegenwart nachzuzeichnen. Neben der historischen Herleitung als Grundbaustein werden die Dynamiken und Praktiken des gesamten Spektrums skizziert, von Besetzungen zum Zweck der Wohnraumbeschaffung bis hin zur Markierung von Stadtvierteln durch Graffiti, Plakate und Aufkleber zur Abschreckung von Investoren.

Von aktueller Bedeutung sind vor allem die Fragen, wie ein Raum überhaupt zu einem linken Raum wird oder, um es mit den Worten des Autors zu sagen, wie sich Verdichtungsprozesse vollziehen und wie symbolische Räume innerhalb der linken Szene geschaffen werden.

Gerrit Weitzel

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	6
2.	Verortung des Untersuchungsgegenstands	7
2.1	Historische Skizzierung der Raumproduktion am Beispiel der Häuserkampfbewegung .	8
2.1.1	Protestbewegung und Raumproduktionsprozesse	10
2.2	Die Bedeutung der Raumproduktion in der Linken	14
3.	Vom Raum zum linken Raum.....	17
4.	Prozesse der Verdichtung	22
5.	Symbolische Räume	26
6.	Fazit und Ausblick.....	27
	Literatur	29

Einleitung

Immer wieder wird die radikale Linke in Deutschland zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Eines der prominentesten Beispiele stellen die Ereignisse um den G20-Gipfel 2017 in Hamburg dar, in dessen Verlauf es zu mehrtägigen Gewalthandlungen zwischen der Polizei und Demonstrant:innen aus dem linksradikalen Lager kam. Im Nachgang sah sich die gesamte linke Bewegung massivem öffentlichen und medialen Druck ausgesetzt, was unter anderem dazu führte, dass Szene-intern die eigene Haltung und der Umgang mit militanten Handlungen verstärkt thematisiert wurde. Damit einhergehend wurden vor allem aus sicherheitspolitischen Institutionen, von Anhänger:innen konservativer Weltanschauungen und den Boulevardzeitungen Fragen nach der Rolle symbolträchtiger Szeneobjekte wie der Hamburger „Roten Flora“ im Zuge der gewaltsamen Konflikte lauter. Prominente Politiker:innen der CDU beschrieben die Objekte als „Biotop und Keimzelle des Linksextremismus“, also infrastruktureller Logistik, welche den gewalttätigen Akteur:innen Orte des Planens und Rückzugs bieten und forderten die Schließung als notwendige Konsequenz¹.

Generell sehen sich Städte wie Hamburg aber auch Berlin und Leipzig regelmäßig mit ähnlichen Debatten, meist nach eskalierenden Protestaktionen, konfrontiert. Sie genießen innerhalb der Szene den Ruf als Regionen mit den aktivsten Szenen, verfügen über stark ausgeprägte und verfestigte räumliche Netzwerke, unter anderem bestehend aus Treffpunkten wie Kneipen, Autonomen Zentren, Wohnprojekten und weiteren Lokalitäten. Ihnen obliegt damit eine starke symbolische Strahlkraft, welche bundesweit in die Szenen hineinwirkt. Sicherheitspolitische Behörden benennen diese Städte als personelle Hotspots, in denen es immer wieder zu gewalttätigen Konflikten kommt (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020: 120). Ein Teil der Auseinandersetzungen tritt meist im Kontext von Protesthandlungen auch gegen fortschreitende Gentrifizierungsprozesse auf. Diese führen laut Kritiker:innen dazu, dass ganze Stadtviertel gegen den Wunsch der Anwohner:innen umstrukturiert werden, was für viele Menschen eine personelle und räumliche Verdrängung in andere, meist dezentralere Teile der Stadt zur Folge hat. Im Zuge dessen ist ebenfalls auch die vorhandene linke Infrastruktur in den entsprechenden Vierteln bedroht, wie das 2020 medienwirksam geräumte „anarcha-queer-feminist“ Hausprojekt „Liebig 34“ in Berlin exemplarisch verdeutlicht. Mit der Frage „Wem gehört die Stadt?“ ist dieses Agitationsfeld in den letzten Jahren wieder verstärkt in das Zentrum politischen Handelns linker Akteur:innen gerückt, obwohl dies mit Blick auf die historische Tradition der deutschen Linken

¹ Zeit Online 2017: „CDU-Politiker wollen Rote Flora schließen“, Online: <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-07/g20-krawalle-peter-tauber-rote-flora>

eigentlich nie wirklich inaktiv war.

Der vorliegende Beitrag zur Schriftenreihe des Projektes „Radikalisierende Räume“ befasst sich mit dem gegenwärtigen Forschungsstand zur räumlichen Produktion der radikalen Linken im urbanen Raum. Der Ausdruck der „räumlichen Produktion“ stellt in diesem Beitrag eine alternative zum Begriff der „Raumaneignung“ dar, der laut Löw „von einem vorgegebenen Charakter des materiellen Raums“ ausgeht und die „absolutistische Auffassung des Raums als „Natur““ weiterführt (Golova 2011: 95). Zunächst wird sich in Kapitel 2.1 dem historischen Verlauf von räumlichen Produktionsprozessen genähert, was einen zentralen Grundbaustein für die spätere Ergebnisse darstellt. Darauf aufbauend folgt in 2.2 die Auseinandersetzung mit der Frage, warum gerade für die soziale Bewegung der Linken diese Dynamiken zur einem der Hauptcharakteristika wurden, ehe die Transformation vom Raum zum „linken Raum“ (3. Kapitel), Prozesse räumlicher Verdichtung (4. Kapitel) und die Entstehung symbolischer Räume (5. Kapitel) thematisiert wird.

In ihrer Gesamtheit weisen bestehende Forschungsdesiderate allerdings an einigen Stellen Defizite auf. Obwohl die sozialwissenschaftliche, sicherheitspolitische sowie kriminologische Forschung in vielen Punkten gegenteilige Positionen vertreten, sind sich bei dem grundlegenden Untersuchungsgegenstand der radikalen Linken doch vermutlich alle Beteiligten in der Bewertung einig, dass wissenschaftlich belastbare Erkenntnisse zu diesem Phänomen und somit auch letztendlich zu Prozessen räumlicher Produktion, weitestgehend nicht in ausreichender Zahl existent sind (u.a. Herschinger et al. 2018; Landespräventionsrat Schleswig-Holstein 2019, Scherr 2010; Baier et al. 2016; Treskow/Baier 2020). Wohlwissend, dass es auch immer ländliche Aktionsbewegungen wie Waldbesetzungen, Atomwaffenfreie-Zonen oder Wagenplätze durch linke und alternative Akteur:innen gab und gibt, konzentriert sich diese Arbeit zwecks gebotener Trennschärfe in erster Linie primär auf die städtische Bewegung, da diese auch in den vorhandenen Studien den zentralsten Forschungsgegenstand einnimmt.

Verortung des Untersuchungsgegenstands

Die skizzierten Ereignisse sind bereits erste Indikatoren dafür, dass die Auseinandersetzung mit räumlichen Dynamiken in Szenekontexten derzeit gegenwärtig ist. Zunächst unternimmt das folgende Kapitel allerdings einen Schritt zurück und stellt den historischen Verlauf der Raumproduktion am Beispiel der Häuserkampf Bewegung in Deutschland dar, welche nicht erst seit den aktuellen Debatten um die vermeintlich „linken Viertel“ in Leipzig, Berlin oder Hamburg

existiert, sondern für die bereits vor mindestens 200 Jahren die ersten ideologischen Grundsteine gelegt wurden. Der anschließende Teil ordnet die aufgeführten Erkenntnisse empirisch ein und nähert sich der Fragestellung, warum gerade die Auseinandersetzung um Räume in der linken Bewegung eine traditionell hohe Relevanz besitzt.

2.1 Historische Skizzierung der Raumproduktion am Beispiel der Häuserkampfbewegung

Die Auseinandersetzungen um (Wohn)-Raum und bezahlbare Mieten ist mit Blick auf die eingangs erwähnte Räumung des linksradikalen Hausprojektes in der Berliner Liebig Straße 34 im vergangenen Jahr, kein ausschließliches Gegenwartsphänomen, sondern hat eine historisch fest verankerte und lange Tradition in Deutschland. Bereits 1796 plädierten unter anderem Sylvain Maréchal und François Noël Babeuf unter dem Namen „Gesellschaft der Gleichen“ in ihrem „Manifeste des Égaux“ („Manifest der Gleichen“) für ein Ende des privaten Besitzes. Auch der französische Ökonom, Soziologe und Anarchist *Pierre Proudhon* stellt 1840 die Eigentumsverhältnisse in Frage und kommt in seiner Schrift „Qu'est ce que la propriété?“ - Was heißt Eigentum? - zu der Erkenntnis, dass Eigentum Diebstahl sei und führt unter anderem aus, dass jedes Kapital, gleich ob materieller oder geistiger Art, ein Kollektivwerk und somit auch Kollektiveigentum darstelle. Am 18. März 1871 wurden als Antwort auf eine bevorstehende Entwaffnung der Nationalgarde in den Pariser Arbeiter:innenvierteln Barrikaden errichtet, die den Beginn der sogenannten „Pariser Kommune“ einläuteten. Überrascht von der Entschlossenheit in der Bevölkerung und der Befehlsverweigerung zur Aufstandsbekämpfung durch die Regierungssoldaten, mussten die Herrschenden die Stadt verlassen. Bis zur gewaltsamen Wiedereroberung Ende Mai 1871 gelangen dem Kommunen-Rat Neuwahlen, die unter anderem dazu führten, dass die Mieten von Oktober 1870 bis April 1871 erlassen wurden und verlassene Fabriken in die Verwaltung von Arbeiter:innengenossenschaften übergeben wurden (Grams 2021: 4ff). Wenige Zeit später bildeten sich im Jahr 1872 in Berlin 21 Hüttendörfer als Reaktion auf die unzulängliche Situation auf dem Wohnungsmarkt, welche allerdings keiner Genehmigung unterlagen und somit noch im Herbst desselben Jahres geräumt wurden. In Folge der durchgesetzten Auflösung der bis zu 160 Familien fassenden Barackensiedlungen, kam es zu teilweise tagelangen gewaltsamen Ausschreitungen mit der Polizei (amantine 2012: 4). Im selben Jahr und damit genau ein Jahrhundert vor der großen Häuserbesetzungswelle in Deutschland, beschreibt *Friedrich Engels* in seiner Arbeit „Zur Wohnungsfrage“ den damals schon gegenwärtigen Prozess des Verdrängens von Arbeiter:innen an die Ränder der Städte und die problematische Wohnsituation wie folgt: „Das

Resultat ist, dass die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, dass Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind; denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen“ (Marx/Engels 1973: 215).

Wie sich somit zeigt, ist die Auseinandersetzung um räumliche Dynamiken tief verwurzelt in die Programmatik von linken und sozialen Bewegungen. Um dem Gegenstand des vorliegenden Beitrags, die Bedeutung der Raumproduktion im Kontext linker Szeneaktivitäten, näher zu kommen, folgt an dieser ein Schnitt, der in die Nachkriegszeit führt. Es wird sich zeigen, dass die Konflikte um (Wohn-)Raum auch nach mehr als 200 Jahren immer noch relevant sind.

War die gesamtgesellschaftliche Stimmung in Deutschland nach der vernichtenden Niederlage im zweiten Weltkrieg anfänglich durch wirtschaftlichen Aufschwung, Strukturerneuerungen und dem Wiederaufbau des Landes verhältnismäßig optimistisch geprägt, nahmen diese Dynamiken für große Teile der Bevölkerung mit den Nachkriegsjahrzenten fortlaufend ab. Allerdings lag das Mobilisierungspotential zum Anfang der ersten Besetzungswelle nicht ausschließlich in den wirtschaftlichen Verhältnissen, sondern ebenfalls in den sozialen. Im Zuge der ereignisreichen 1960er Jahre (u.a. Bau der Berliner Mauer, Beginn der Auschwitzprozesse in Frankfurt, Einzug der Nationaldemokratischen Partei in die Landesparlamente von Hessen und Bayern, amerikanische Angriffe auf Vietnam und der Ermordung des Bürgerrechtlers Martin Luther King) entstand mit der Studierendenbewegung gegen Mitte des Jahrzehnts eine Protest- und Widerstandsbewegung, die die bestehende Autoritätshörigkeit und fehlende Demokratisierung der Hochschulen als Kern ihrer Kritik formulierten (Keller et al. 2011: 48f). Die alleinige Fokussierung auf die alternativ geprägte Studierendenbewegung wie beispielsweise die heute noch prominente „Kommune 1“ im Kontext der Dynamiken um die Auseinandersetzung um städtische Wohnungspolitik greift jedoch etwas zu kurz. Auf der einen Seite benennt *Armin Kuhn* (2012) als Einflussfaktoren den Widerstand der Wohn- und Stadtteilinitiativen, welche sich beispielweise in Berlin und Frankfurt gegen die Politik der „Kahlschlagsanierung“ des Senates wehrten, welcher ganze Straßenzüge mit verfallenen Wohnkasernen kaufte und als deutlich teurere „Sozialwohnungen“ wieder vermietete. Da die Stadtverwaltung trotz verschiedenster Interventionsversuche seitens der engagierten Bürger:innen nicht zum Umdenken bewegt werden konnte, schwand das Vertrauen in die Wirksamkeit öffentlichen Protestes (Kuhn 2012: 39f). Parallel zur Stadtteil- und Studierendenbewegung entstand eine neue Jugendbewegung, für die die negativen Auswirkungen der Wirtschaftskrise (Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen, Kürzung kommunaler Mittel u.a.

im Bereich Jugendförderung und Bildung) unmittelbare Folgen hatte. Zunehmend lautstark verließen sich die wütenden und frustrierten Jugendlichen Ausdruck und forderten Räume für selbstbestimmte Lebensentwürfe abseits der bürgerlichen Norm.

„Zur schwindenden Aussicht auf einen ausreichenden Lebensunterhalt und auf individuelle Erfüllung in (Aus)Bildung und Lohnarbeit trat die gemachte kollektive Erfahrung einer Pluralisierung der Lebensentwürfe, die nun an Grenzen stieß. Insbesondere die Jugendkultur differenzierte sich in eine Vielzahl von Subkulturen aus, die von den bürgerlichen Normen abwichen und die nun angesichts der zunehmenden Anforderungen an Anpassungs- und Leistungsbereitschaft, aber auch der fehlenden Orte, an den gesellschaftlichen Rand rückten.“ (Kuhn 2012: 40f).

2.1.1 Protestbewegung und Raumproduktionsprozesse

So kamen mit der alternativen Studierenden-, Jugend- und Stadtteilbewegung drei verschiedene Protestbewegungen zusammen, was dazu führte, dass im Zuge dieser Dynamiken vor allem in Städten der Bundesrepublik Deutschland wie Hamburg, dem westlichen Teil von Berlin oder Frankfurt am Main Anfang der 70er Jahre die erste - von insgesamt drei - großen Wellen von Besetzungen, Mietstreiks und Forderungen nach autonomen Jugendzentren entstand (amantine 2012: 7ff). Gerade die Situation in Frankfurt lässt sich rückblickend sicherlich als besonders dramatisch beschreiben und macht die Wohnsituation in einem Deutschland der Nachkriegszeit deutlich. Hier stiegen die Preise für Grund und Boden zwischen 1950 und 1970 um das 200fache oder teilweise sogar noch höher, was die in *Engels* Text beschriebene Verdrängung an die Ränder der Stadt, für viele Menschen zur Folge hatte (Sichtermann/Sichtermann 2017: 11).

Als handlungsleitend für die Aktivist:innen kann trotz unterschiedlicher sozialer, (sub)kultureller und politischer Motive die Forderung nach Selbstverwaltung und Freiraum in Verbindung mit der Ablehnung von Immobilienspekulation, Abriss, Verdrängung und prekären Mitverhältnissen, charakterisiert werden. Die „Freiräume“ lassen sich als Analogie zu einem physikalischem Behälter verstehen, die zur Verfügung stehen und von den handelnden Aktivist:innen mit Objekten und Inhalten befüllt werden (Golova 2011: 292). *Matthias Wendt* (2018) spricht in seiner Arbeit „Weil es nur zusammen geht“ mit Bezug auf *Pruijt* (2013) und *Reeve* (2015) von dem Wunsch nach selbstbestimmten Wohn-, Arbeits- und Lebensräumen, als „Schlüsselement aller Besetzungen“. Die einzelnen Motive können weiterführend in einen gegen-

oder subkulturellen Kontext implementiert werden, dies ist aber nicht unbedingt erforderlich (Wendt 2018: 116). *Kuhn* (2012) führt als gemeinsamen Grundkonsens der Akteur:innen „Autonomie, dezentrale Entscheidungsfindung und eine anti-staatliche Grundhaltung“ an (Kuhn 2012: 43). Auch *Mayer* (2008) spricht von einer „radikalen gesellschaftspolitischen Kritik“ als gemeinschaftliches Element (Mayer 2008: 307). Laut *Haunss* (2008) waren die Häuser für eine Vielzahl der Besetzer_innen „»dem System« bzw. dem Staat abgerungene Freiräume, in denen die Revolutionierung der Lebensverhältnisse im Hier und Jetzt begonnen werden konnte.“ (Haunss 2008: 460) Er beschreibt jedoch auch, dass diese starke politische und symbolische Aufladung zu immer größeren Konflikten innerhalb der Bewegung geführt hat (Haunss 2008: 460).

Um die Heterogenität innerhalb der Bewegung differenzierter abzubilden, hat *Hans Pruijt* (Pruijt 2013: 22-48) fünf „basic configurations of squatting“ entwickelt:

1. *Besetzung aus existenzieller Wohnungsnot* (deprivation-based squatting): Älteste Form der Besetzung und betrifft vor allem arme Arbeiter:innen, die unter Wohnungsmangel leiden. Beispiel: Hüttendorf in Berlin 1872
2. *Besetzung als alternative Wohnstrategie* (squatting as an alternative housing strategy): Selbstbestimmtes gemeinschaftliches Wohnen als Gegenentwurf zur Miete. Beispiel: Angehörige der „Mittelschicht“ wie Künstler:innen und Student:innen in einem Wohnprojekt
3. *Erhaltende Besetzung* (conservational squatting): Besetzungen mit dem Ziel, bauliche und sozialräumliche Strukturen aufrecht zu erhalten und wiederzubeleben sowie Neubebauung zu verhindern. (Beispiel: Historische Altbauten und damit dem „Charme“ eines Viertels durch Besetzung bewahren)
4. *Besetzungen zur Etablierung sozialer Zentren und Freiräume* (entrepreneurial squatting): Risikoarme Möglichkeit der Selbstbemächtigung, nahezu jede Art von Projekt zu verwirklichen, ohne sich von bürokratischen Auflagen aufhalten zu lassen. (Beispiel: Kneipenkollektiv)
5. *Politische Besetzungen* (political squatting): Handlungsstrategie autonomer und linksradikaler Akteur:innen. Besetzung nicht ausschließlich zum Selbstzweck, sondern für den Anstoß des politischen Wandels. Hohe Attraktivität durch die wahrscheinliche Konfrontation mit dem Staat. (Beispiel: Medienwirksam geräumtes linksradikales Hausprojekt in die Liebig Straße 34, 2020)

Auch die zweite Welle besetzte Ende der 1970er/ Anfang der 1980er Jahre gezielt leerstehende Wohnhäuser, um diese vor einem bevorstehenden Abriss zu bewahren und somit

bezahlbare Mieten zu erhalten (conservational squatting). Um die eigene Selbstbemächtigung und den Schritt aus der Passivität gegenüber der Gesellschaft und der Politik zu legitimieren, wurden die alten und verfallenen Immobilien in Selbstorganisation renoviert und instandgesetzt, was den Begriff der „Instandbesetzung“ zur damaligen Zeit prägte (entrepreneurial squatting) (Hochmuth 2020: 12). So entstanden neben neuer Wohnfläche eine ganze Reihe an Veranstaltungs- und Proberäumen, Kinos, Büros, Theater, Bibliotheken, Kneipen und Werkstätten, die von diversen sozialen und subkulturellen Bewegungen und Szenen genutzt wurden. Diese füllten die ausgerufenen „Freiräume“ mit Identität und machten sie zu Orten, „an denen sich Lebenspraxen [...] miteinander verknüpfen.“ (Haunss 2003: 79)

Allerdings verschärften sich wie bereits angedeutet mit der Zeit bundesweit die Konflikte um die Besetzer:innenbewegung. War beispielweise die Geschlossenheit, trotz Diversität unter den Akteur:innen anfänglich noch einer der Gründe für den Erfolg der Berliner Bewegung und wurden interne Differenzen zwischen „Verhandler:innen“ und „Nicht-Verhandler:innen“ zurückgestellt, änderte sich dies ab Mai 1981 durch die Wahl eines neuen CDU-Senats. Dieser ging verstärkt und konsequent gegen Neubesetzungen vor und räumte auch Teile der bereits bestehenden Objekte (Kuhn 2012: 42f). Darüber hinaus gelang dem Senat laut *Kuhn*, „mit einer Strategie der selektiven Einbindung bestimmter Bewegungsteile und der repressiven Marginalisierung anderer“ (Kuhn 2012: 43) die Teilung in „problemlösungsorientierte Initiativen und Forderungen“ und „Forderungen nach einem grundlegenden Wandel“, sowie die bereits genannten Fraktionen der „Verhandler:innen“ und „Nicht-Verhandler:innen“ (Kuhn 2012: 43f). Ähnliche Konfliktlinien fanden sich auch in andern Städten wieder und so mussten sich unter anderem in Düsseldorf und Hamburg Hausbesetzer:innen mit dem Vorwurf der Nähe zur linksterroristischen „Roten Armee Fraktion (RAF)“ auseinandersetzen, die laut Anschuldigungen die Häuser als Rückzugs- und Rekrutierungsorte nutze (amantine 2012: 11f).

Die sozialwissenschaftliche Forschung sowie Eigenpublikationen linker Autor:innen verorten den Beginn der dritten Welle im Jahr 1989/90, in der der Besatzungsbewegung in der (ehemaligen) Deutschen Demokratischen Republik (DDR) eine besondere Rolle zu Teil wird. Das Machtvakuum, welches die post-Wendezeit durch den Einsturz des sozialistischen Systems hinterließ, nutzen linke und antifaschistische Aktivist:innen für die ersten öffentlich-wirksamen Raumproduktion. Vorherige Besetzungen hatten statt medialer Präsenz lediglich die Aufmerksamkeit des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) zur Folge, das um ein Sammelbecken von DDR-Kritiker:innen fürchtete (Warnecke 2017: 48ff). Das verstärkte Aufkommen extrem rechter Bewegungen und die dadurch steigende Bedrohungslage für demokratische und alternative

Lebensentwürfe, rückte die Schaffung „Nazifreier Zonen“ expliziter und verstärkter in den Vordergrund von Häuserkampfaktivist:innen. Besetzungen und das Schaffen von Freiräumen wurde zur antifaschistischen Praxis erklärt (Warnecke 2017: 52ff).

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist eine Vielzahl der besetzten Immobilien nicht mehr in der ursprünglichen Form existent und die Mehrheit der Häuser wurde inzwischen geräumt, saniert, verkauft oder abgerissen. Als einer der entschiedensten Faktoren gegen den Erhalt vieler Objekte, sind die seit der Nachkriegszeit stetig fortschreitenden Privatisierungs- und Ökonomisierungsprozesse des Wohnungsmarkts zu benennen. Bedingt durch diverse marktorientierte Reformen, wurde profitorientierten Akteur:innen eine finanzielle Beteiligung am „Markt“ ermöglicht, die in diesem „Wirtschaftsbereich“ ein profitables Investment und Spekulationsfeld verorteten (Schöning/Vollmer 2020: 190) und was letztendlich zur einer Deregulierung führte (Aalbers/Christophers 2020: 53).

Einigen alternativen Wohn- und Kulturprojekten wie das Georg-von-Rauch- oder Thommy-Weisbecker-Haus, gelang jedoch durch teilweise langwierige Verhandlungsprozesse und Protestbekundungen die Legalisierung oder Duldung. Sie existieren fortan als kollektiv geführte Kneipen, Wohnprojekte, Nachbarschaftszentren oder Infoläden weiter und fungieren als subkulturelle Inseln für die alternative Szene (Fischer/Stammnitz 2020:136f). Bei einigen Räumungen wie zum Beispiel der Mainzer Straße (Friedrichshain) 1990 in Berlin kam es allerdings auch zu massiven Zusammenstößen zwischen Autonomen und der Polizei. Bevor die Straßenzeile nach dreitägigen Ausschreitungen geräumt wurde, befanden sich von den damals 130 besetzten Häusern in Ost-Berlin, 90 in Friedrichshain und davon zwölf in der Mainzer Straße. Eine solche räumliche Verdichtung war bis zu diesem Zeitpunkt einmalig (Hochmuth 2020: 14).

Die Massendynamiken der drei hier skizzierten Besetzungswellen scheinen mittlerweile weitestgehend abgeebbt zu sein. Die Praxis der Besetzung wird zwar noch gelegentlich angewandt, hat allerdings aufgrund schneller und konsequenter Räumungen durch die Polizei zunehmend weniger Chancen auf Erfolg. Jedoch haben die grundlegenden Ideen der Infragestellung von Besitz- und Eigentumsansprüchen, auch weiterhin Konjunktur und somit konkrete Auswirkungen auf die Handlungsmuster linker Bewegungen in Deutschland. Gegenwärtig liegt der Fokus der Aktivist:innen nun verstärkt auf der Verteidigung und dem Erhalt bestehender Projekt oder der Neugründung über legale Mittel. Ebenfalls genießen neuere Konzepte wie die Enteignung privater Wohnungsgesellschaften durch Bürger:inneninitiativen (Beispiel: „Deutsche Wohnen & Co enteignen!“ in Berlin) gegenwärtig zulaufend Zuspruch und Unterstützung. Der Linken gelingt es

somit auch weiterhin, das Thema der Raumproduktion als ein zentrales Handlungselement in ihre Praxis zu implementieren, auch wenn sich Formen und Umsetzungen über die Jahre verändert haben.

2.2 Die Bedeutung der Raumproduktion in der Linken

Die historische Verortung hat gezeigt, dass von den bisweilen verschiedensten Formen der Raumproduktion (u.a. Mietstreiks, Genossenschaftsbewegung), die Hausbesetzung sicherlich zu den historisch prominentesten und relevantesten für die linke Bewegung zählt, auch wenn der Prozess der kollektiven Vergemeinschaftung und personeller Verdichtung nicht exklusiv im linken Spektrum zu verorten ist, sondern sich ebenfalls in rechten (Beispiel: „Casa Pound“ Bewegung in Italien) oder religiösen Strömungen (Beispiel: Klöster) wiederfinden lässt. Diese Erkenntnis geht allerdings auch unweigerlich mit der Frage einher, warum gerade diese Praxis ein so zentraler Stellenwert innerhalb der Linken eingeräumt wird und woher dieser sich theoretisch und weltanschaulich speist.

Wie in nahezu allen Bereichen der sozialwissenschaftlichen Forschung im Kontext der (radikalen) Linken in Deutschland, ist auch die Geschichte der linksradikalen Widerstands- und Protestbewegung in der Zeit vor der sogenannten „neuen“ sozialen Bewegung in der 60er und 70er Jahre, nur wenig empirisch erforscht (Haunss 2008: 448f). Einige Beispiele finden sich exemplarisch 1919, als im Kontext des Spartakusaufstand revolutionäre Arbeiter:innen in Berlin Barrikaden im Zeitungsviertel errichteten und Gebäude besetzten (Keller et al. 2011: 13) oder sich 2000 bewaffnete Arbeiter:innen 1921 in Mitteldeutschland in ihren Betrieben verschanzten (Keller et al. 2011: 19). Ob dies jedoch den Anfang linker Raumproduktion darstellt und inwieweit spätere Praxen konkret auf Traditionen der kommunistischen oder anarchistischen Arbeiter:innenbewegung aufbauen, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich vermuten. Historische Schriften und Manifeste linker Vordenker:innen werden jedenfalls weiterhin in einschlägigen linken Online-Shops vertrieben.

Ein Erklärungsansatz für die Verflechtungen linker Einstellungen und Raumproduktion im Kontext „neuer“ sozialer Bewegungen liegt nach *Haunss* (2008) in der „Politik der ersten Person“ zu Grunde, die einen Paradigmenwechsel innerhalb der linksradikalen Bewegung der 1970er und 1980er Jahre darstellte (Haunss 2008: 459ff). Lag die Hoffnung der radikalen Linken bis dato eher in der baldigen Revolution und dem Glauben an den bewaffneten Kampf, zerfiel die Bewegung

spätestens durch die Ereignisse im Herbst 1977² in viele kleine Fragmente und fand in verschiedensten Teilbereichen Ausdruck (u.a. Autonome Frauen-, Schwulen-, Lesbenbewegung, alternative Friedens- oder Ökologiebewegung). Auf das individuelle Unterordnen für das „revolutionäre große Ganze“ folgte ein Umdenken hin zu einer Politik, die ihre Kritik in alltäglichen Praxen verwirklichte und somit einen unmittelbareren und direkteren Zugang bot (Keller et al. 2011: 63). Dieser subjektivistische Ansatz wurde von den Autonomen aufgegriffen, weiterentwickelt und radikalisiert, als „hegemoniales Modell linksradikaler Politik etabliert“ und kennzeichnet sich durch die „Politisierung der Lebensverhältnisse“, die „Ablehnung von Stellvertreterpolitik“ und in einer „Subkulturellen Orientierung“ (Haunss 2008: 459f). Zur Erprobung dieses neuen Ansatzes schien kaum eine Praxis besser geeignet als die Hausbesetzung, da sich in dieser Form das Wohnen im Kollektiv und die „Politisierung der Lebensverhältnisse“ abseits von gesellschaftlichen Rahmungen verwirklichen ließ (Haunss 2008: 460f). *Tatjana Golova* (2011) schreibt dazu: „[...] werden Freiräume als territoriale Behälter für den politischen Alltag gedeutet, innerhalb denen (Variante – an denen, an linken Orten) anders gelebt werden kann. In dem Mikrokosmos, welcher durch die Freiräume definiert wird, können die politischen Utopien umgesetzt werden, d.h. die Freiräume werden von den Akteuren mit der Politik befüllt“. (Golova 2011: 292)

Darüber hinaus konnten mit den neuen Häusern auch unbürokratisch Räume erschlossen werden, die von der linken Bewegung als Veranstaltungs- und Kulturorte genutzt wurden. Diesen „Anschlussorten“ beziehungsweise „Treffpunkten“ ruht seitdem eine zentrale Funktion linker Raumproduktion inne. Zunächst ist allerdings eine Differenzierung der beiden Begriffe geboten. Das Frame des „Treffpunktes“ ist primär für die bereits szene-aktiven Personen treffend und kann auch teilweise mit dem Wort „Wohnzimmer“ beschrieben werden (Golova 2011: 254). So haben diese Orte vor allem eine Schutzfunktion („safe space“) für Aktivist:innen und sind somit unerlässlich für die Szene, da hier vermeintliche Nischen in „(staatlichen) Kontroll- und Machtsystemen“ errichtet wurden (Golova 2011: 258). Die Rahmung als „Anschlussort“ beschreibt vor allem die Möglichkeit der Festigung und Mobilisierung potenziellen Neueinsteiger:innen, die in diesen Räumen auf einer niedrighschwelligigen Ebene, mit anderen, bereits aktiven Besucher:innen interagieren können (Golova 2011: 271). Ein Raum kann beide Funktionsweisen vereinen und damit für jedes Individuum entsprechend identitätsstiftend fungieren. Zentral für eine linke Bewegung ist jedoch vor allem, dass es eben diese Orte gibt.

² Anmerkung: Die Zeit im September und Oktober 1977 wird auch als „Deutscher Herbst“ beschrieben. Diese Episode war durch eine Vielzahl terroristischer Anschläge der „Roten Armee Fraktion“ geprägt und gilt als eine der größten Krisen der Bundesrepublik Deutschland.

Sicherheitspolitische Organe wie das *Bundesamt für Verfassungsschutz* (2016) teilen die Auffassung und schreiben den „Szeneobjekten“ ebenfalls eine mobilisierende Wirkung zu. Diese erlauben es den handelnden Akteur:innen, im Rahmen niedrigschwelliger Angebote wie Konzerte und Partys, neue Bewegungsakteur:innen zu werben. Darüber hinaus werden solche Veranstaltungen genutzt, um finanzielle Ressourcen für linke Strukturen zu sammeln (Bundesamt für Verfassungsschutz 2016: 35).

In Interviews, die mit Teilnehmer:innen im Rahmen einer sozialwissenschaftlichen Forschung (2015) zum Thema Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher geführt wurden, benennen Proband:innen aus städtischen und ländlichen Regionen „Anschlussorte“ wie alternative Zentren als elementare Ressource in ihrer Politisierungsbiographie (Hillebrand et al. 2015: 149). Die Bedeutung solcher leicht zugänglichen Möglichkeiten wird exemplarisch für viele Biografien in folgender Aussage deutlich:

„[Wir] haben halt dieses selbstverwalte Jugendzentrum gehabt. Und das war halt eine der wichtigsten Sachen für uns. Also so einen eigenen Raum, den man selber gestalten konnte- also so ein eigener politischer Raum. [...] Und natürlich sucht man sich dann Leute, mit denen man die gleichen Ideale hat und die gleichen Vorstellungen von der Zukunft oder der [...] Gesellschaft oder alles so. [...] Also es ist, glaube ich, total wichtig, wenn man irgendwas macht was halt nicht so viele machen, dass man dann in seiner eigenen Community eine Bestätigung dafür bekommt. Dass es total wichtig, was man macht. Weil sonst geht man ja -. Also sonst kann man ja nach ein paar Monaten einknicken und einpacken.“ (Hillebrand et al. 2015: 150)

Auch in der Arbeit von Schuhmacher (2014) zur Selbstdarstellung politischen Handelns in autonomen Antifa-Gruppen wird auf subkulturelle und räumliche Einflüsse in der Sozialisierung durch beispielsweise unabhängige Jugendhäuser hingewiesen. In diesen werde „solidarisches Miteinander“ und „gemeinsame Andersartigkeit“ gelebt, da alle Akteur:innen wissen, „dass man mit den Leuten [...], in gewisser Weise auf einer Wellenlänge ist“ (Schumacher 2014: 152).

Vor diesem Hintergrund war und ist es für linke Bewegungsakteur:innen quasi unerlässlich, Raumproduktion strategisch umzusetzen und diese in den zentralen Fokus ihres Handelns zu rücken, da sich so die Verwirklichung eigener Lebensentwürfe in Wohngemeinschaften und Hausprojekten ermöglichen lässt (Stichwort: „Politik der ersten Person“), Rückzugsraum vor bürgerlicher und staatlicher Einflussnahme entsteht und auch für eine Kontinuität an neuen Interessent:innen gesorgt ist, die niedrigschwellige, subtile und oft subkulturell verwurzelte Räume wie Kneipen oder Diskotheken aufsuchen. Diese Prozesse sind somit spätestens seit den 70er Jahren

Bestandteil linksradikaler Praxis. Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommt auch *Pruijt* (2013), der mit Verweis auf *della Porta* und *Rucht* die „Squating“-Bewegung gemeinsam mit der Friedens- und Umweltbewegung historisch in der Kategorie der links-libertären sozialen Bewegung verortet (*Pruijt* 2013: 18).

Vom Raum zum linken Raum

Nach der theoretischen Rahmung des Untersuchungsgegenstands stellt sich nun vor allem die Frage, wie der Raum zu einem linken Raum (Beispiel: linke Szenekneipe) geschaffen wird und was ihn beispielsweise von einem Raum, der von linken Akteur:innen genutzt wird (Beispiel: Kneipe in der linke Aktivist:innen verkehren), unterscheidet. Im Folgenden werden darüber hinaus, verschiedenste Formen räumlicher Produktion vorgestellt, die jeweils ihre eigenen Besonderheiten aufweisen.

Tatiana Golova (2011) hat in ihrer Studie die Raumproduktion am Untersuchungsgegenstand der linken Szene in Berlin auf theoretischer Grundlage eines „gesellschaftszentrierten Raumkonzeptes“ und in der Annahme multipler Räume an einem Ort erforscht und damit in diesem Feld erhebliche Pionierarbeit geleistet. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich zunächst mit der Kritik am „traditionellen Raumbegriff der Sozialwissenschaften“, der den Raum als leeren und homogenen Behälter versteht und leitet anschließend gestützt auf soziologische Raumkonzepte ihre Arbeitsdefinition ab. Hierbei werden vor allem die Theorien von *Atteslander* und *Läpple* (Annahme von Verhältnissen zwischen Gesellschaft und Raum) und *Löw* (Relationales Raummodell) genannt. Die zentralen Inhalte ihrer theoretischen Grundlage werden in ihrer Arbeit wie folgt beschrieben:

„Die Räume haben einen relationalen, keinen absoluten Charakter. Es sind relationale Anordnungen von Lebewesen und Gütern, die in der gesellschaftlichen Praxis, u.a. im Alltagshandeln, produziert werden. [...] In Räumen bzw. bei ihrer Produktion können außerdem analytisch materiell-physische, praktisch-institutionelle und symbolische Komponenten unterschieden werden. [...] Die Konstruktion kollektiver Identität, die zunächst als Prozess auf der symbolischen Ebene zu verstehen ist, kann als Prozess der Konstitution von Räumen interpretiert werden, für die eine spezifisches Zusammenspiel der symbolischen, interaktionellen und materiellen Faktoren charakteristisch ist.“ (*Golova* 2011: 103)

Die Schaffung von Räumen unterliegt so permanenten Interaktions- und Herstellungspraxen.

Auch sie sieht die (autonome) Szene weiterhin stark nach der „Politik der ersten Person“, also den eigenen Lebensentwürfen als politische Handlung, ausgerichtet (Golova 2011: 11). Laut ihren Erkenntnissen wird ein erheblicher Teil der kollektiven Identität der Szeneangehörigen auf der Ebene des Alltags konstruiert. Außerdem sei auffällig, dass der interne Diskurs über Räume und „räumliche Konzepte“ besonders stark ausgeprägt ist (Golova 2011: 350). Ihr war es unter anderem möglich, über den Zeitraum von März 2002 bis Oktober 2003 eine linke Szene-Kneipe und ihre Akteur:innen während einer konfliktbehafteten Phase zwischen Bewohner:innen eines Hausprojektes (Im Erdgeschoß befand sich die Kneipe) und dem Hauseigentümer sowie der Neugründung, teilnehmend zu beobachten. In einem Teil der Arbeit werden im Kontext der neugegründeten Kneipe, (diskursive) Prozesse innerhalb des Kollektivs, über zentrale und charakteristische Elemente linker und subversiver Räume, beschrieben.

Ein besonderes Charakteristikum dieser Orte stellt im Gegensatz zum umliegenden Quartier, die Ambivalenz zwischen „öffentlichem und privatem“ Raum dar (Golova 2011: 149). In der theoretischen Ausarbeitung zur Frage nach der Bedeutung von Raumproduktion für die linke Bewegung wurde bereits das Frame des „Wohnzimmers“ erläutert. Zwar unterscheidet sich der Eintritt zu diesen Orten in dem Aspekt grundlegend von einem privaten Wohnzimmer, dass eben keine direkte Einladung notwendig ist, jedoch wird der linke Raum als „gruppenspezifisch“ beschrieben, in dem die Besucher:innen ein „Authentizitätsdisplay“ erfüllen müssen, welches durch die handelnden Akteur:innen definiert wird und mit dem „Prototyp eines Szenemitglieds“ kohärent sein sollte (Golova 2011: 149). Personen, die durch unpassende Merkmale wie hohes Alter oder einen nicht-szenetypischen Kleidungsstil diese Kategorien nicht erfüllen, „bedrohen die Situationsdefinition der anderen Gäste und somit die Situation selbst“. Dieses Misstrauen ruht weniger in der Intoleranz gegenüber Menschen, die nicht aus der aktiven Szene stammen, sondern basiert auf erlebten negativen Erfahrungen und Ängsten vor verdeckten Ermittler:innen (Golova 2011: 233).

Mit Blick auf die materielle Konstruktion, sind vor allem die Auseinandersetzungen um die räumliche Gestaltung aufschlussreich. So sollten beispielsweise die Wände mit politischen Informationen verziert werden, um das gewünschte „linke“ Element visuell einzupflegen, somit trotz unpolitischer Handlungen wie dem Biertrinken, „einen links konnotierten Raum zu konstruieren“ und sich von einer reinen „Saufkneipe“ abzugrenzen (Golova 2011: 215). Einher damit ging eine stark (auch sichtbar) verringerte Angebotspalette an alkoholischen Getränken, da der Fokus auf der politischen Auseinandersetzung liegen sollte. Darüber hinaus bestand ebenfalls der Plan, eine Infotafel anzubringen, um die Kneipe zu einem Ort der Mobilisierung zu machen

(Golova 2011: 212). Diese bietet linken Akteur:innen den Rahmen, um auf Plakaten oder Flyern unter anderem bevorstehende lokale und bundesweite Protesthandlungen (Demonstrationen, Kundgebungen, Protestcamps), Informations- und Weiterbildungsveranstaltungen (Workshops, Vorträge, Seminare, Lesungen) sowie weitere Ereignisse (Erscheinung neuer Magazine und Bücher, Konzerte, Partys, politische Artikel und Aufrufe) zu bewerben. Die informative Wirkkraft zielt sowohl auf bereits langjährige und aktive Szene-Angehörige, wie auch auf neue Interessent:innen, denen so niedrigschwellige Zugänge und Anknüpfungspunkte in die Szene ermöglicht wird. Im Kapitel zur Frage nach der strategischen Bedeutung räumlicher Produktion für die Linke-Bewegung wird die Praxis der „Anschlussorte“, als Ort der Mobilisierung, weiterführend skizziert.

Generell werden die Dynamiken um die Aushandlungen der räumlichen Gestaltung als sehr konflikthaft beschrieben. So konnte beispielweise bei der Frage nach dem Überstreichen von Graffiti und Tags zunächst keine gemeinschaftliche Vereinbarung getroffen werden, was vorerst zum Abbruch der Diskussion führte und lediglich erst durch den Entwurf zweier Mitglieder:innen gelöst werden konnte (Golova 2011: 237). Graffiti bietet Besucher:innen die besondere Möglichkeit, ohne ihre spätere Anwesenheit, den Raum mitproduzieren und somit Einfluss auf eine langfristige Gestaltung zu nehmen (Golova 2011: 236f). Ähnliche Prozesse beschreibt im Interview auch eine Aktivistin einer anderen Kollektivkneipe: *„Und das war das Schwierigste, also die Gestaltung war_ war schrecklich“ [...] wochenlang Diskutieren ohne ein Ergebnis finden zu können: „Und dann haben sich drei Leute hingesetzt und sich ein Konzept überlegt, und das ist dann so gemacht worden“*. (Golova 2011: 237) Diese Beobachtungen unterstreichen noch einmal ihre Erkenntnisse in Bezug auf die starke Präsenz räumlicher Debatten in Alltagsprozessen der Kollektivmitglieder:innen.

Die Inneneinrichtung der Raumelemente wird als „gepflegte Schmutzdeligkeit“ beschrieben, deren Ursprung unter anderem in der Ablehnung eines bürgerlichen Habitus interpretiert wird. Die Wände sind mit Postern zukünftiger und vergangener Veranstaltungen (u.a. für Demonstrationen und Partys) sowie mit Graffiti dekoriert, hinter dem Tresen liegen einige Bücher im Regal und das Mobiliar besteht aus Sofas, Tischen und Stühlen, die alt und nicht zusammenpassen sind, sodass sich insgesamt eine „Ästhetik des Verzichtes auf den Stilisierungszwang“ entsteht (Golova 2011: 237). „Schmutzdeligkeit“ geht allerdings nicht einher mit „Ungepflegtheit“ da beispielsweise nach jeder Veranstaltung die Räumlichkeiten gesäubert werden.

Für Teile des Kollektivs ist die „Schmuddeligkeit“ ein identitätsstiftendes und positiv-besetztes Element, welches besonders in stadtraumpolitischen Praxen zum Tragen kommt und in Abgrenzung zu beispielsweise „Yuppies“ Anwendung findet. Die vermeintliche Aversion der „Yuppies“ oder „Bonzen“ gegen die „Schmuddelikeit“ des Viertels, soll demnach dazu beitragen, dass sich die als „feindlich“ verorteten Gruppen dort weder räumlich (u.a. Wohnungen, Gastronomie, Start-Up Unternehmen) noch finanziell (u.a. Investition und Spekulation) niederlassen. *Golova* (2011) spricht in diesem Zusammenhang von einem „Wir versus Yuppies“ Antagonismus, der Intern nicht unumstritten-, aber populär ist. Das aktive „Verschmutzen“ wird so zur politischen Praxis als Antwort auf fortschreitende Gentrifizierungsprozesse (*Golova* 2011: 238ff).

Zu den gängigen Handlungen linker Akteur:innen gehört unter anderem das direkte Hineinwirken in das Quartier und die umliegende Nachbarschaft, mit dem Anbringen politischer Plakaten, Transparenten, Fahnen oder Wandbildern an den entsprechenden Immobilien. An der von *Golova* (2011) erforschten „linken Kneipe“ wurde demnach durch eine Vielzahl von angebrachten Plakaten für Demonstrationen und weitere Veranstaltungen an der Tür und den umliegenden Wänden schon von außen symbolisiert, dass es sich bei der hier ansässigen Lokalität um einen politischen und kulturellen Ort handelt (*Golova* 2011: 235f). Auch bei anderen Projekten lässt sich dies beobachten. Im Vorfeld und am Tag der Räumung selbst, war das Berliner linksradikale Hausprojekt „Liebig 34“ mit diversen Bannern behangen und Wandbildern gestaltet, die sowohl auf den eigenen, akuten Räumungskonflikt aufmerksam machten (u.a. „Fight Gentrification“, „L34 Stays – Wohnraum ist keine Ware“, „Wir sind nicht käuflich“), darüber hinaus allerdings ebenfalls immer wieder andere gesamtgesellschaftliche Themen („Smash Patriarchy“, Regenbogenflagge) oder politische Ereignisse („G20 Entern“) thematisierten. *Matthias Wendt* (2018) schreibt, dass Hausbesetzungen stets Überschneidungen und Parallelen mit weiteren sozialen Bewegungen ihrer Zeit aufweisen (*Wendt* 2018: 114). Die unterschiedlichen thematischen Bezüge der sich teilweise stetig wechselnden Banner, können als unterstützend für diese Aussage gesehen werden.

Bei der benachbarten „Rigaer 94“, der ebenfalls prominenten „Roten Flora“ in Hamburg und nahezu allen anderen Besetzungen sowie vielen „linken“ Objekten, lassen sich ähnliche symbolische Prozesse beobachten. *Wendt* (2018) schreibt dazu, dass „sich an Hausprojekten im Unterschied zu normalen Mietshäusern häufig Transparente mit Solidaritätsbekundungen oder politischen Statements“ finden, „mit denen sich Hausprojekte klar positionieren“ (*Wendt* 2018: 320). In dem Buch „Berlin, Mainzer Straße. Wohnen ist wichtiger als das Gesetz“ (1992) werden in Teilen die damals herrschenden Konflikte zwischen einigen Besetzer:innen und den

Anwohner:innen beschrieben, die sich unter anderem durch „das Verschandeln“ und „das Plakatieren der »Ruinen«“ gestört fühlten. Dem antwortete eine der Besetzerin und erläuterte: „Die Transparente und Fahnen, die draußen hängen, sind eine bewusste Provokation. Aber wir wollen damit eigentlich nicht unsere MitbürgerInnen provozieren, sondern unsere Gegner. Und die Gegner sind eben Faschos und der Staat“ (Arndt et al. 1992: 48).

Eine weitere Form mit unmittelbarer Wirkung in den Sozialraum, ist die Verwendung von Aufklebern, Plakaten und Graffitis, um beispielsweise „eigenes“ Territorium zu markieren, erschließen und abzustecken. Diese Elemente bieten den handelnden Akteur:innen eine niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeit, den öffentlichen Raum mitzugestalten (Windzio 2010: 67). Den grundlegenden Charakter beschreiben *Hirsland* und *Schneider* (1990) wie folgt:

„Die Straße als öffentlicher sozialer Raum besitzt eine besondere Struktur: Sie ist anonym und unbegrenzt, man kann sich dort bewegen als Zuschauer, als Statist, Ohne als ‚Selbst‘ anwesend sein zu müssen. Sie ist ‚öffentlich‘ im Gegensatz zu ‚privat‘ – im Sinne von: Man kann prinzipiell jeden niemanden treffen, alles ist zunächst unverbindlich und somit für die Akteure offen. Bezogen auf die Produktion von Bildern und Zeichen, also auch Graffiti, bedeutet dies: sie erreiche potentiell jeden und niemanden, der Produzent selbst kann dabei im Hintergrund bleiben.“ (Hirsland/Schneider 1990: 136)

Die Akteur:innen nutzen für die Verbreitung ihrer Inhalte bewusst öffentlich-einsehbare Flächen wie Häuserwände, Stromkästen oder Laternen. Diese sind von zentraler Bedeutung, da sie so von einer Vielzahl an Menschen wahrgenommen werden können, was bei einer Anbringung im „privaten Raum“ wie legalen Spraywänden nur bedingt der Fall ist (Volland 2010: 93f). Im Gegensatz zu den „klassischen“ Beweggründen, stehen Elemente wie Ansehen, Wettkampf und Ästhetik bei der politischen urbanen Gestaltung tendenziell eher im Hintergrund, da die Botschaft die primäre Intention ist (Klee 2010: 109f). Kontexte und Inhalte sind dabei sehr divers und lassen sich in verschiedenste Kategorien differenzieren. Eine Form gängiger Raumgestaltung ist der Aufruf zum Handeln („Heraus zur revolutionären 1. Mai-Demo“, „Wehr euch gegen Verdrängung in den Kiezen“), welcher sowohl an die Szene selbst als auch an Außenstehende im Sozialraum wie die direkten Nachbar:innen formuliert ist. Ebenfalls lassen sich unter anderem Drohungen („Yuppies, verpisst euch!“, „Unser Haus bleibt Risikokapital“), Kampfansagen („Antifa heißt Angriff“, „Zählt eure Tage“) oder Handlungen als Katalysator nach emotionalen Ereignissen (gespraytes Anarchie-Symbol im Kontext einer Demonstration) als weitere Fragmente benennen.

Geht man nach Kurtenbach (2021) davon aus, „*dass der Raum eigene Opportunitäten und Restriktionen mit sich bringt, welcher die Handlungsmöglichkeiten oder die körperliche oder mentale Verfasstheit eines Menschen beeinflussen*“ (Kurtenbach 2021: 22), kann man in Graffiti, Plakaten und Wandbildern mit Botschaften wie „Wir reden nicht mit den Bullen“, „Das Viertel hält zusammen“ und „Snitches Get Stitches“ (Spitzel/Verräter bekommen Stiche) auch einen sozial-interaktiven Mechanismus verorten, der Anwohner:innen und Besucher:innen deutlich machen soll, was in diesen Gebieten als „richtiges“ und „falsches“ Verhalten angesehen wird (Kurtenbach 2021: 22). Auch wenn Darstellungen wie „Spitzel bekommen Stiche“ eher als überspitzter Slogans zu deuten sind, lässt sich jedoch erahnen, dass abweichendes Verhalten von diesen informellen Regeln zu negativen Konsequenzen führen kann.

Neben den physischen und praktischen Elementen wird in *Golovas* Arbeit (2011) ergänzend angeführt, dass Räume als „linke Projekte“ im Zuge von Auseinandersetzungen und Konflikte geschaffen- und damit für die Akteur:innen zur „Identitätsressource“ werden. Beschrieben wird diese Dynamik wie folgt: „*Direkt im Prozess der Raumproduktion wurden die sozialen Identitäten der Teilnehmer und [...] die Wir-Identitäten als Kollektiv und als „radikale Linke“ konstruiert.*“ (Golova 2011: 221) Konflikthaften Ereignissen und dem damit verbundenen konfrontativen Charakter solcher Dynamiken, kann demnach eine erhöhte Bedeutung für das Framing als „linker Raum“ zugesprochen werden.

Nimmt man die verschiedensten hier vorgestellten Ansätze und die gesammelten Erkenntnisse zusammen, ist die Produktion linker Räume kein rein symbolischer Prozess, sondern unterliegt sowohl materiell-physischen als auch praktischen Komponenten, die von den beteiligten Akteur:innen im Kollektiv in verschiedensten, oft auch konflikthaften Aushandlungsprozessen erschaffen werden (Golova 2011: 174). So lässt sich beispielsweise nicht die Erzählung eines „linken Viertels“ konstruieren, wenn dies nicht ebenfalls durch handelnde Personen in der Praxis gestaltet und umgesetzt wird, indem beispielsweise Graffiti gesprüht- oder linke Objekte geschaffen werden. An diesen Teil der Ausarbeitung knüpft fortgehend das Kapitel zu positiven Bedingungsfaktoren räumlicher Verdichtungsdynamiken an, in dem unter anderem die Frage nach der Entstehung von linken Hotspots thematisiert wird.

Prozesse der Verdichtung

Die bisherige Auseinandersetzung im Rahmen des Beitrags hat vor allem die unterschiedlichen Produktionsprozesse um die Entstehung linker Räume in urbanen Gebieten aufgezeigt. Es lässt sich

jedoch ergänzend dazu bundesweit das Phänomen beobachten, dass sich linke Aktivist:innen nicht auf alle Städte und Regionen gleichermaßen verteilen, sondern einige Orte eine höhere Anzahl von Akteur:innen und Aktivitäten aufweisen („Hotspots“), als anderen Teile des Landes. So lassen sich in Städten, die auf den ersten Blick ähnliche Bedingungen wie Einwohner:innenanzahl, Anbindungen an andere Regionen oder Arbeits- und Bildungsangebote aufweisen, sehr unterschiedliche Verdichtungsprozesse erkennen. Dies führt in der Konsequenz zu der Frage, welche Faktoren eine Region für linke/linksaffine Menschen attraktiv machen und wie es zu einer erhöhten personellen Ansammlung an bestimmten Orten kommt. So hat beispielsweise die Stadt Göttingen lediglich um die 115.000 Einwohner:innen, gilt aber als Region mit einer starken Szene, wohingegen viele Städte mit einer deutlich höheren Einwohner:innenanzahl vergleichsweise geringe Aktivitäten aufweisen. Zu möglichen Hintergründen dieser Dynamiken werden im weiteren Verlauf einige Thesen und Erklärungsansätze skizziert, die auf den Ergebnissen verschiedenster Untersuchungen fußen.

Zu Beginn des Beitrags wurde auf die drei großen Besetzungswellen ab den 1970er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland hingewiesen. Auffällig ist, dass sich in Städten, die in ihrer Historie eine besonders stark ausgeprägte Hausbesetzer:innenbewegung verzeichneten, wie beispielsweise Hamburg, Leipzig und Berlin, auch gegenwärtig die größte Personenzahl linker Akteur:innen aktiv ist (Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat 2020: 120). Zwar konnte die Mehrheit der Objekte nicht in der gewünschten Form gehalten werden, einigen Projekten gelang jedoch in verschiedensten Ausprägungen (u.a. Kauf der Objekte, Duldungen, Dauerhafte Mietverträge) das Fortbestehen. Diese teilweise jahrzehntelang existierenden Strukturen fungieren als „alternative Inseln“ (Fischer/Stammnitz 2020:136f) und bieten sowohl neuen Interessent:innen, als auch bereits politisch aktiven Menschen „Treffpunkte“ und „Anschlussorte“ (Golova 2011: 254).

In verschiedensten Befragungen, äußerten linke Jugendliche aus kleinstädtischen und ländlichen Regionen, die bereits bestehenden, meist in Großstädten existierenden, mit diversen Subkulturen verknüpften Netzwerke, als starke Anziehungsfaktoren welche eine große Faszination auf die Proband:innen ausübte. So beschreiben unter anderem bei *Hillebrand et al.* (2015) einige der Teilnehmer:innen ihre inneren Prozesse wie folgt: *„Ich bin dann irgendwo nach Berlin in irgendeinen komischen, was auch immer, Club oder Hausprojekt oder so, wo halt Inforeveranstaltungen manchmal waren oder irgendein Vortrag, bin halt hingegangen und habe die Leute angeguckt und die waren alle so cool. [...] Und ich meinte: ‚Ich möchte auch irgendwann da sein, wo die sind.‘“*

„Irgendwie politisch sein. Irgendwie aktiv sein. Das war unser Lebensinhalt. Damals auf jeden Fall. Da war uns vieles, ganz viel egal so. Na ja. Irgendwie politisch sein, das war das Wichtigste und irgendwie Anschluss finden an die ganzen coolen Gruppen in den Großstädten. So, das war uns ganz wichtig, auf jeden Fall.“ (Hillebrand et al. 2015: 149)

Treskow und Baier (2020) schreiben in ihrer wissenschaftlichen Analyse zum Phänomen des „Linksextremismus“ in Niedersachsen: „Hotspots sind deshalb Hotspots, weil sich hier linksextreme Szenen und Milieus über teilweise Jahrzehnte hinweg tradiert haben, deshalb einen entsprechenden Ruf genießen und auf junge Menschen mit spezifischen Orientierungen attraktiv wirken.“ In derselben Untersuchung wird ein anonymierter Experte aus dem Einsatzbereich Sicherheit (z.B. Polizei, Verfassungsschutz) mit den Worten: „Da wusste man auch, aha Göttingen und so weiter, wenn man in der Szene aktiv werden will, ist eh Göttingen eine gute Adresse“ (Treskow/Baier 2020: 13) zitiert.

Neben der historischen Betrachtung, über den Zusammenhang von räumlichen Verdichtungsprozessen und „linker/alternativer“ Infrastruktur, sollten auch universitäre Einflüsse nicht außer Acht gelassen werden. Auch wenn es entgegengesetzte Positionen gibt (u.a. Schroeder/Deutz-Schroeder 2015, 2016)³, deutet eine Vielzahl gegenwärtiger Befunde eher darauf hin, dass sich (zumindest) in der deutschen Linken der institutionelle Bildungsstand auf einem außergewöhnlich hohen Niveau befindet (Landespräventionsrat Schleswig-Holstein 2019: 32f). Die Ergebnisse von Matuschek et al. (2011) zeigen beispielsweise, dass die „Linksaffinen“ im Vergleich zu anderen Gruppen wie den „Rechtsaffinen“ eher einen höher qualifizierten Bildungsabschluss erlangt haben und „wissensintensive Tätigkeiten“ ausüben (Matuschek et al. 2011: 41). Die meisten Proband:innen streben einen Abitur- und Universitätsabschluss an und verfügen maßgeblich über

³ Anmerkung: Prominente Studien, die neben hoher medialer Aufmerksamkeit auch innerhalb der Sozialwissenschaft gemischte Reaktionen hervorgerufen haben. Kernstück der Arbeiten bestand u.a. in der Konzipierung einer „Linksextremismus-Skala“, mit derer die Akzeptanz für „linksextreme“ Einstellungsmuster in der Bevölkerung erfasst werden sollte. Als entscheidendes Charakteristikum von „Linksextremismus“ gilt nach Schroeder und Deutz-Schroeder die Einstellung zur Verfassung. Das bei 17 Prozent der deutschen Bevölkerung ein „linksextremes“ Personenpotential vorhanden sei und 7 Prozent die Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele als legitim ansehen, gehört unter anderem zu den zentralsten Erkenntnissen. Die Untersuchungen werden jedoch von einigen Kolleg:innen stark in Frage gestellt. Fuhrmann (2018) kritisiert zum einen die Ungenauigkeit der Fragen, welche seiner Meinung nach nicht als Indikator für Extremismus gelten, sondern eher Ausdruck von Kritik in einer Demokratie sein („Die deutsche Polizei ist auf dem rechten Auge blind“). Zum anderen gäbe es Fragen, die so weich formuliert sind, dass ebenfalls oder sogar eher das Spektrum der Rechten und AfD-Wähler:innen diesen zustimme („In einer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt“). Er kommt zu der Einschätzung, dass die Skala allenfalls ein Protestpotential gegen „die da oben“ abbilden kann (Fuhrmann 2018: 142ff). Pfahl-Traughber (2016) schließt sich der Folgerung an und ergänzt, dass die „Linksextremismus-Skala“ nicht auf „demokratiethoretischen Erwägungen“, sondern auf Lektüreeindrücken basiert. Dies führe zu besonders hohen Ergebnissen, welche sich inhaltlich auch noch widersprechen („Eine wirkliche Demokratie ist nur ohne Kapitalismus möglich“-25 Prozent Zustimmung bei CDU/CSU Wahlpräferenz) (Humanistischer Pressedienst 2016).

starke soziale und kulturelle Ressourcen. Als ein Grund für die Attraktivität eines Studiums, lässt sich die Option auf eine mögliche Verbindung dieses mit dem politischen Engagement benennen (Hillebrand et al. 2015: 170). Weitere Untersuchungen (u.a. Landespräventionsrat Schleswig-Holstein 2019; Treskow/Baier 2020) kommen über verschiedenste Verfahren zu ähnlichen Einschätzungen. In der bereits erwähnten Arbeit von *Treskow* und *Baier* (2020) spricht ein Experte aus dem Einsatzbereich Sicherheit mit Bezug auf die Region Niedersachsen von den Städten Göttingen und Hannover, die „aufgrund des „studentischen Potenzials“ auffällig sind“. (Treskow/Baier 2020: 13) Auch auf andere Regionen lassen sich diese Beobachtungen vermutlich durchaus übertragen. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (2016) sieht ebenfalls eine enge Verdingung zwischen akademischer Weiterbildung und der linken Szene und benennt „Veranstaltungen im Umfeld von Universitäten“ als eines der Rekrutierungsfelder von Autonomen (Bundesamt für Verfassungsschutz 2016: 7). So ist von der Annahme auszugehen, dass Städten mit einem Angebot an Hochschulen und Universitäten, eher Menschen aus dem linken Spektrum anziehen. Dies lässt im Umkehrschluss die Tendenz erkennen, dass die Wahrscheinlichkeit bei linksaffinen Menschen steigt, dass diese bei anhaltender Politisierung in eine größere Stadt ziehen, die über die bereits benannten Faktoren verfügt.

Bündelt man alle ausgeführten Überlegungen, lässt sich zusammenfassend festhalten, dass einerseits die symbolische Strahlkraft von Städten und Regionen mit einer hohen Dichte linker Netzwerke, gerade junge linksaffine Jugendliche anzieht, die dort auf bestehende Strukturen treffen, welche in der Herkunftsregionen oder dem vorherigen Wohnsitz nicht in der starken Ausprägung vorgefunden wurden. Diese Menschen sind bereits an linken Themen interessiert und teilen zumindest in den Grundformen einige linke Einstellungen. Aussagen darüber, in welcher Form sich Menschen im Kontext ihrer Identitätssuche in linken Räumen „zufällig“ politisieren, lassen sich nach gegenwärtigem Forschungsstand nicht treffen.

Die vorhandene Infrastruktur an den priorisierten Orten, speist sich häufig aus Projekten und Aktivitäten, welche jahrzehntelang gewachsen sind und sich in den Stadtteilen und Quartieren verfestigt haben. Desweiteren deutet eine Vielzahl der gegenwärtigen Untersuchungen darauf hin, dass ein großer Anteil linker Aktivist:innen über ein hohes Maß an sozialem und kulturellem Kapital verfügt, was die Weiterbildung an Hochschulen und Universitäten für diese Gruppe attraktiv macht und dazu führt, dass diese sich in Städten mit entsprechenden Angeboten niederlassen.

Symbolische Räume

Die „emotional-körperliche Raumsynthese“ wird nicht in alltäglichen Prozessen geschaffen, sondern entsteht in konflikthafter Situationen wie Demonstrationen oder anderen Formen von Protestaktionen, die für die Szene einen hohen emotionalen Wert besitzen. Durch die Protestteilnehmer:innen wird dabei ein „Wir-contra-Polizei-Raum“ konstruiert, der durch die gemeinschaftliche physische Symbiose zu einem geschlossenen Protest-Block (u.a. durch Front und Seiten-Transparente, Bildung von „Menschenkett“ um polizeiliches Eingreifen zu erschweren) sowie einer kollektiv geteilten „Wir“-Einstellung den Protest mit einem so starken emotionalen Wert auflädt, dass die teilnehmenden Akteur:innen bereit sind, auch körperliche Risiken in Kauf zu nehmen (Golova 2011: 353). Zu solchen Ereignissen kommt es beispielsweise häufig im Rahmen von Demonstrationen, die drohende oder bereits vollzogene Räumungen linker Objekte thematisieren. Bei dem in diesem Paper oft genannten Exempel um die „Liebig 34“, lassen sich diese Dynamiken ebenfalls erkennen. Schon im Vorfeld der Räumung kam es bei diversen Protesten immer wieder zu gewalttätigen Konflikten zwischen linken Akteur:innen und der Polizei. Für den eigentlichen „Tag X“ kursierten im Internet diverse Aufrufe und Ankündigungen zu Demonstrationen und „dezentralen Aktionen“, sodass bereits im Vorfeld ein militanter und konfrontativer Charakter der Protestformen erkennbar war. So ließ sich auf linken Blogs beispielweise lesen: *„Wir betrachten diese Demonstration als eine Gelegenheit, zusammen zu kommen, um einen Bruch in ihren Plänen und viele Momente wütender, dynamischer und militanter Erfahrungen zu schaffen, in denen wir die defensive Rolle aufgeben und uns stattdessen als aktive und offensive Bewegung die Straße nehmen.“* (Interkiezionale 2020). Auch gegenwärtig sind ähnliche Vorbereitungsprozesse mit Bezug auf die möglicherweise bevorstehenden Räumungen der linksradikalen Szene-Objekte „Rigaer 94“ und den „Køpi Wagenplatz“ in Berlin zu beobachten (Squat.net 2021). Eine erfolgreiche Protestaktion kann in die Szene als sehr identitätsstiftendes und belebendes Element hineinwirken und vermittelt nach innen und nach außen einen geschlossenen, handlungsfähigen und kraftvollen Eindruck (Golova 2011: 189ff).

Neben der eher temporären „emotional-körperlichen Raumsynthese“ im Kontext von „episodischen politischen Räumen“ wie Demonstrationen spricht Golova in ihrem Modell der „verinselten symbolischen Räume“ von Prozessen, die auf einer zeitlichen Ebene weitaus beständiger sind. Gemeint sind demnach eher Handlungen wie das Ausrufen selbsternannter oder feindlicher Bezirke und Viertel, was bereits an vorheriger Stelle thematisiert wurde (Golova 2011: 353). Auch diese Räume sind nicht naturgegeben, sondern werden von den Akteur:innen in der aktiven Praxis geschaffen, welche die „Frames“ von „unseren“ und „deren“ Vierteln in ihr

politisches Handeln integrieren (Golova 2011: 345f). „Autonome Zonen“ oder „Kieze“ gilt es demnach vor staatlichen- (Polizei, Senat) oder kapitalistischen Interventionsversuchen (Investor:innen, Yuppies) zu schützen und gegebenenfalls auch in konfrontativer Form zu verteidigen. Die konkreten Handlungsmethoden unterscheiden sich hierbei enorm und auch militante Aktionen wie Farb-, Stein-, oder Brandattacken gegen Baufahrzeuge, Neubauten oder weitere negativ konnotierte Objekte, sind sceneintern umstritten. Für die Konstruktion ist jedoch die „feindliche“ Dimension von zentraler Bedeutung, da sich ohne formulierte Abgrenzung, keine „eigenen“ und „schützenswerten“ Räume bilden lassen (Golova 2011: 345f).

Fazit und Ausblick

Der vorliegende Beitrag stellt eine Übersicht bestehender Erkenntnisse zu räumlichen Produktionsprozessen linker Bewegungen in urbanen Gebieten Deutschlands dar, auf die sich zwecks gebotener Trennschärfe in dieser Ausarbeitung fokussiert wurde. Zunächst wurde sich dem Untersuchungsgegenstand mit einer historischen Skizzierung linker Raumproduktion am Beispiel der Häuserkampfbewegung genährt. Ab den 1970er Jahren kam es in Deutschland zu insgesamt drei großen Wellen der Besetzung, in dessen Verlauf zunächst in Westdeutschland, ab den 90er Jahren auch massiv in Ostdeutschland, eine Vielzahl an unterschiedlichsten Objekten von linken Häuseraktivist:innen besetzt wurden. Auch wenn der überwiegende Teil der Immobilien nicht erkämpft werden konnte, haben einige sich vor drohenden Räumungen bewahren können und bilden heute vor allem in Städten wie Leipzig, Berlin und Hamburg das infrastrukturelle Fundament, auf dem sich Bewegungsanhänger:innen verhalten können.

Die Skizzierung dieser Prozesse geht mit der Frage einher, warum gerade die linke Bewegung ihre Fokussierung auf dieses Agitationsfeld ausgerichtet hat. Bedingt durch das Konzept der „Politik der ersten Person“, kam es in der linksradikalen Szene der 1970er und 1980er Jahre zu einem Paradigmenwechsel. Weg von einem kollektiven Unterordnen für „das große Ganze“, fand die Idee von der Umsetzung politischer Visionen im eigenen Privatleben immer mehr Anhänger:innen und die unbürokratische Form der Besetzung leerstehender Objekte galt als perfektes Versuchsfeld für die neuen Ideen. Des Weiteren brauchen Interessent:innen „Anschlussorte“ um mit bereits aktiven Akteur:innen in Austausch zu treten. Für eine soziale Bewegung hat deshalb das Schaffen und Erhalten dieser Möglichkeiten eine enorme Relevanz.

Die anschließende Auseinandersetzung mit der Entwicklung eines Raums zu einem linken Raum, nimmt in dieser Arbeit den umfangreichsten Teil ein. Hierbei ist zunächst einmal zwischen

einem konkreten Ort wie einer Szenekneipe und dem Quartier als (Sozial) Raum zu unterscheiden, da beide Formen unterschiedliche Charakteristika aufweisen. Da räumliche Konzepte im Alltagshandeln der Aktivist:innen einen großen Teil einnehmen, überrascht es nicht, dass die Gestaltung und Einrichtung konkreter Orte kleinschrittigen Aushandlungsprozessen unterliegt, die nicht selten durch Streit und Konflikte unterbrochen werden müssen. Für die Protagonist:innen ist es beispielsweise von zentraler Bedeutung, dass sich durch die Anbringung bestimmter Elemente im Raum wie einer Infotafel, selbst bei unpolitischen Handlungen wie dem Verzehr alkoholischer Getränke, der linke Charakter weiterhin ersichtlich und präsent bleibt. Die Wirkung in das unmittelbare Quartier wird häufig durch die direkte Gestaltung mit Graffiti, Aufklebern, Plakaten oder Transparenten umgesetzt.

Im Kontext räumlicher Verdichtungsprozesse linker Akteur:innen fällt besonders auf, dass bereits ausgeprägte Strukturen als zentraler Pull-Faktoren benannt werden können. Szeneobjekte wie die „Rote Flora“ werden zu symbolischen Leuchttürmen, die bundesweit in die Szene strahlen und Interessent:innen aus anderen Städten dazu bewegen, sich im Umfeld dieser Objekte niederzulassen. Sie wirken allerdings auch direkt in das Quartier, indem sie kulturelle und nachbarschaftliche Aktivitäten wie Konzerte, Sportkurse oder Werkstätten für die Anwohner:innen anbieten. Außerdem wird beispielsweise mit Bannern oder Graffitis das Umfeld für bevorstehende Protestaktionen mobilisiert. Orte mit einem Bildungsangebot bestehend aus Universitäten und Hochschulen ebenfalls linke Akteur:innen an, da Letztere tendenziell über stark ausgeprägtes kulturelles und soziales Kapital verfügen und ihr politisches Engagement teilweise mit dem Studium verknüpfen können. Das letzte Kapitel behandelt die Konzepte der „emotional-körperlichen Raumsynthese“ und der „verinselten symbolischen Räume“. In beiden Fällen handelt es sich um symbolische räumliche Anordnungen, die von linken Akteur:innen in Abgrenzung zu „feindlich“ konnotierten Konfliktparteien wie beispielsweise der Polizei oder „Yuppies“ konstruiert werden.

Eine der Hauptherausforderungen zukünftiger Forschungen wird unter anderem in der Kontaktherstellung zu verorten sein. Die Erfahrungen zeigen, dass diese kaum ohne „Gatekeeper“ zu bewältigen ist. Externe Analysen werden häufig mit dem Prozess des „Aushorchens“ assoziiert und erfahren in der Regel Ablehnung oder Desinteresse (Schuhmacher 2014: 250f). Zukünftige Studien sollten sich außerdem darüber bewusst sein, dass sie sich in einem besonderen Spannungsverhältnis befinden, welches ihnen auf der einen Seite ermöglicht mit ihrer Arbeit blinde Flecken auszuleuchten, andererseits aber immer wieder Gefahr laufen können, als verlängerter Arm sicherheitspolitischer Institutionen zu fungieren oder wahrgenommen zu werden.

Literatur

- Aalbers, M.B., & Christophers B. (2020). Wohnen ins Zentrum der politischen Ökonomie stellen. In: S. Schipper & L. Vollmer (Hrsg.): Wohnungsforschung. Ein Reader. Bielefeld: transcript Verlag.
- amantine (2012). „Die Häuser denen, die drin wohnen!“. Kleine Geschichte der Häuserkämpfe in Deutschland. Münster: Unrast Verlag.
- Arndt, S., Bialas, S., & Friedrich, G. (Hrsg.) (1992). Berlin Mainzer Straße. „Wohnen ist wichtiger als das Gesetz“. Berlin: BASISDRUCK Verlag GmbH
- Baier, D., Manzoni, P., & Bergmann, M. C. (2016). Einflussfaktoren des politischen Extremismus im Jugendalter. Rechtsextremismus, Linksextremismus und islamischer Extremismus im Vergleich. In: J.-J. Albrecht, H. Renschmidt & S. Quensel (Hrsg.): Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform. Journal of Criminology and Panal Reform (99). S. 2-26.
- Bundesamt für Verfassungsschutz. (2016). Linksextremismus. Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale. Köln: Bundesamt für Verfassungsschutz.
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2020). Verfassungsschutzbericht 2019. Berlin: Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat.
- Fischer, F., & Stammnitz, S. (2020). Was bleibt? Nachwirkungen des Sommers 1990. In: C. Bartlitz, H. Hochmuth, T. Koltermann, J. Saß & S. Stammnitz (Hrsg.): Traum und Trauma. Die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße 1990 in Ost-Berlin. Berlin: Christoph Links Verlag GmbH.
- Fuhrmann, M. (2018). Der Kampf gegen links in wissenschaftlichem Gewand. Berlin: Allgemeiner Studierendenausschuss der FU Berlin.
- Grams, F. (2021). Kurze Geschichte der Pariser Kommune. Vor 150 Jahren entstand die erste Arbeiterrepublik der Welt. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Golova, T. (2011). Räume kollektiver Identität. Raumproduktion in der „linken Szene“ in Berlin. Bielefeld: transcript Verlag.
- Haunss, S. (2003). Identität in Bewegung. Prozesse kollektiver Identität bei den Autonomen und in der Schwulenbewegung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Haunss, S. (2008). Antiimperialismus und Autonomie. Linksradikalismus seit der Studentenbewegung. In: R. Roth & D. Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH.
- Herschinger, E., Bozay, K., & Decker, O. (2018). Radikalisierung der Gesellschaft?. Forschungsperspektiven und Handlungsoptionen. Frankfurt am Main: Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).
- Hillebrand, K., Zenner, K., & Schmidt, T. (2015). Politisches Engagement und Selbstverständnis linksaffiner Jugendlicher. Wiesbaden: Springer VS.
- Hirseland, A., & Schneider, W. (1990). Wildes Schreiben, rebellierende Zeichen oder das Verstehen des „Unverständlichen“. In: KoPäd Verlag (Hrsg.): medien+erziehung. Thema Graffiti. (03/1990). S. 131-142.
- Hochmuth, H. (2020). Im Osten nichts Neues?. Die Hausbesetzungen in der Mainzer Straße in historischer Perspektive. In: C. Bartlitz, H. Hochmuth, T. Koltermann, J. Saß & S. Stammnitz (Hrsg.): Traum und Trauma. Die Besetzung und Räumung der Mainzer Straße 1990 in Ost-Berlin. Berlin: Christoph Links Verlag GmbH.
- Humanistischer Pressedienst (2016)
<https://hpd.de/artikel/nicht-ueberzeugende-studie-linksextremen-einstellungen-13420>
- Interkiezionale (2020)
<https://interkiezionale.noblogs.org/internationaler-aufruf/>
- Keller, M., Kögler, L., Krawinkel, M. (2011). Antifa. Geschichte und Organisation. Stuttgart: Schmetterling Verlag GmbH.
- Klee, A. (2010). Graffiti als Medium des Politischen?!. In: A. Klee (Hrsg.): Politische Kommunikation im städtischen Raum am Beispiel Graffiti. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kuhn, A. (2012). Zwischen gesellschaftlicher Intervention und radikaler Nischenpolitik. Häuserkämpfe in Berlin und Barcelona am Übergang zur neoliberalen Stadt. In: H. Balz & J.-H. Friedrichs (Hrsg.): „All We Ever Wanted ...“. Eine Kulturgeschichte eropäischer Protestbewegungen der 1980er Jahre. (98). S. 37-52.

- Kurtenbach, S. (2021). Radikalisierung und Raum. Forschungsstand zur Untersuchung räumlicher Einflüsse auf Radikalisierungsanfälligkeit. Bielefeld/Münster: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG).
- Landespräventionsrat Schleswig-Holstein (2019). Linksextremistische Erscheinungsformen und insbesondere linke Gewalt in Schleswig-Holstein. Wissenschaftliche Studie. Kiel: Landespräventionsrat Schleswig-Holstein.
- Marx, K., & Engels, F. (1973). Karl Marx/Friedrich Engels-Werke. Band 18. Berlin: (Karl) Dietz Verlag.
- Matuschek, I., Krähnke, U., & Kleemann, F. (2011). Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus. Wiesbaden: VS Verlag.
- Mayer, M. (2008). Städtische soziale Bewegungen. In: R. Roth & D. Rucht (Hrsg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch. Frankfurt/Main: Campus Verlag GmbH.
- Pruijt, H. (2013). Squatting in Europe. In: Squatting in Europe Kollektive (Hrsg.): Squatting in Europe. Radical Spaces, Urban Struggles. Brooklyn, NY: Autonomedia.
- Scherr, A. (2010). Jugendarbeit mit linksradikalen Jugendlichen?. In: G. Brenner & G. Brenner (Hrsg.): deutsche jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit. (06/2010). S. 251-254.
- Schöning, B., & Vollmer, L. (2020). Wohnungsnot gestern und heute. In: S. Schipper & L. Vollmer (Hrsg.): Wohnungsforschung. Ein Reader. Bielefeld: transcript Verlag.
- Schroeder, K., & Deutz-Schroeder, M. (2015). Gegen Staat und Kapital-für die Revolution!. Linksextremismus in Deutschland-eine empirische Studie. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH.
- Schroeder, K., & Deutz-Schroeder, M. (2016). Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragung, Statistiken und Analysen. Frankfurt am Main: Peter Lang GmbH.
- Sichtermann, B., & Sichtermann, K. (2017). Das ist unser Haus. Eine Geschichte der Hausbesetzung. Berlin. Aufbau Verlag GmbH & Co. KG
- Schuhmacher, N. (2014). „Nicht nichts machen“?. Selbstdarstellung politischen Handelns in der Autonomen Antifa. Duisburg: Salon Alter Hammer.

Squat.net (2021)

<https://de.squat.net>

Treskow, L., & Baier, D. (2020). Wissenschaftliche Analyse zum Phänomen des Linksextremismus in Niedersachsen, seiner sozialwissenschaftlichen Erfassung sowie seiner generellen und spezifischen Prävention. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KfN). Zürich: Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften.

Volland, J. (2010). Wie politisch sind American Graffitis?. Eine exemplarische Bestandsaufnahme. In: A. Klee (Hrsg.): Politische Kommunikation im städtischen Raum am Beispiel Graffiti. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Warnecke, J. (2017). „Nazifreie Zone“. Hausbesetzung und antifaschistische Praxis in Potsdam um 1990. In: C. Jänicke & B. Paul-Siewert (Hrsg.): 30 Jahre Antifa in Ostdeutschland. Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.

Wendt, M. (2018). „Weil es nur zusammen geht“. Commons-basierte Selbstorganisation in der Leipziger Hausprojektszene. Köln: Campus Verlag GmbH.

Windzio, M. (2010). Warum begehen Jugendliche Graffiti-Delikte?. Kriminologische und stadtsoziologische Perspektive. In: A. Klee (Hrsg.): Politische Kommunikation im städtischen Raum am Beispiel Graffiti. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Autorenangaben

Jan Becker hat Soziale Arbeit an der FH Münster studiert. Derzeit ist er Mitarbeiter im sozialpädagogischen Fanprojekt „FANport Münster“. Sein Schwerpunkt ist die Projektleitung des außerschulischen Bildungsorts „Lernort Preußenstadion“.

Impressum

Jan Becker

Die Linke im urbanen Raum. Forschungsstand räumlicher Produktionsprozesse.

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) der Universität Bielefeld/Fachbereich Sozialwesen der FH Münster, 2022

Schriftenreihe „Radikalisierende Räume“

DOI: <https://doi.org/10.4119/unibi/2979133> URN: <urn:nbn:de:0070-pub-29791336>

Tel: + 49 251 83-65745

Fax: + 49 251 83-65702

E-Mail: info@radikalisierende-raeume.de

Serientitel: “Radikalisierende Räume”

General Editor: Prof. Dr. Andreas Zick/Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach

ISSN 2748-1654



Soweit nicht anders angegeben, wird diese Publikation unter der Lizenz Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND) veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de> und <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/legalcode.de>

Prof. Dr. Andreas Zick

Universität Bielefeld

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und
Gewaltforschung (IKG)

Universitätsstr. 25

33615 Bielefeld

Tel: +49 521 106-3124

E-Mail: zick.ikg@uni-bielefeld.de

[https://www.uni-bielefeld.de/\(de\)/ikg/institut.html](https://www.uni-bielefeld.de/(de)/ikg/institut.html)

Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach

FH Münster

- University of Applied Sciences -
Friesenring 32

48147 Münster

Tel: + 49 251 83-65745

E-Mail: kurtenbach@fh-muenster.de

www.fh-muenster.de/index.php

